

MA. 17.9.48

**Mutteng.** (Sieg.) Nachdenkliches zur letzten Gemeindeversammlung. Die wenigsten Besucher der letzten Gemeindeversammlung, sofern sie nicht grundsätzliche Freude an „abverheite“ Angelegenheiten haben, konnten befriedigt von der Turnhalle heimgehen. Das zutage getretene Bild der Zerrissenheit und Zerfahrenheit, wie es vom Gemeinderat geboten worden ist, muß nun endlich wieder einmal aufhören. Der Außenstehende kommt zum Schluß, daß nicht ein einzelnes Mitglied, sondern alle sieben Gemeinderäte — sie sind ja alle gleichberechtigt — daran schuld sein müssen. Auch die unschönen, auf den Gemeindepräsidenten gemänzten Bemerkungen eines Gemeinderatsmitgliedes bezüglich des Verlaufes der Gemeindeversammlung, konnten nicht überzeugen. Hat sich nicht die Redefreudigkeit einzelner Mitbürger selbst in solchen Fragen wie Mietvertrag für ein Kleinkinderschullocal in Strömen auf die geduldigen Anwesenden ergossen, obschon dieselben nachher einstimmig beschlossen wurden? Für die Zukunft sollte der Gesamtgemeinderat mit seinen immerhin drei langjährigen Mitgliedern (und Routiniers?) inrstande sein, die Anträge soweit abgeklärt vor die Gemeinde zu bringen, daß die große Mehrheit sie freudig unterstützen kann.

Einen ausgesprochen schlechten Tag hatte der Jurist der Gemeindebehörde. Seine verschiedentlichen Ausführungen haben nicht unbedingt dazu beigetragen, das Vertrauen in die Akademiker juristischer Observanz zu stärken. Trotz alledem muß die unerhörte Art und Weise, wie der Sprecher der Landbesitzer im Seemättli gegen ihn polemisiert hat, scharf zurückgewiesen werden, selbst wenn etliche der Auffassung huldigen mögen, daß dem etwas vorlauten Herrn Gemeinderat einmal eine Lektion erteilt werden mußte. Die Diskussion um die Zoneneinteilung hat übrigens so recht deutlich bewiesen, wie mächtig die Großen und wie schwach die Kleinen sind. War es nicht sonderbar, daß für die Großindustrie nur ihre Angestellten und Handwerkerangehörige sprachen? Es ist nur zu hoffen, daß in solchen Fragen nicht die Ueberlegung, daß man dafür vielleicht (oder sogar sicher?) einen fetten Auftrag bekommt, die Angehörigen des Bauhandwerkes in ihrer Haltung etwa allzustark beeinflussen möge.

Am Horizont hat es gewetterleuchtet in bezug auf die Erfüllung der Feuerwehrwünsche. Der neue Departementschef will offensichtlich die Rolle des Weihnachtsmannes spielen. Aber eines kann füglich heute schon gesagt werden: Wenn alle ebenso selbstherrlich und ungeschickt auftreten, wie der Herr Luftschuß- und Feuerwehroffizier, wird keine Gemeindeversammlung dem Anfangskredit von sage und schreibe Fr. 60 000.— für das erste Feuerwehrauto zustimmen. So fängt man die Mäuse nicht.

Erfreulich war die Einstellung zur Schule, auch wenn männiglich in guten Treuen geteilter Meinung sein konnte, ob eine neue Lehrkraft ein Jahr früher oder später angestellt werden sollte. Auf jeden Fall kann derjenige Teil der Ausführungen von Gemeinderat Frey nicht anerkannt werden, die nur den „Splitter“ der Lehrerschaft, nicht aber den eigenen „Ballen“ sehen wollen.

In der ganzen Schulangelegenheit ist nur ein Fehler gegangen, daß von einem sozialdemokratischen Artikelschreiber versucht worden war, daraus eine Parteisache zu machen. Die große Mehrheit, die sich für die sofortige Schaffung einer neuen Klasse entschied, setzte sich denn auch sowohl aus „Unbeschriebenen“ als auch von Angehörigen der äußersten Linken bis zu den Katholiken zusammen. Ganz einfach gesagt: Gesiegt haben die Eltern.

**Mutteng.** (Sieg.) Grundätzliches zur letzten Gemeindeversammlung. Es stimmt: die letzte Gemeindeversammlung war nicht gerade erfreulich. Die Schwarzmalerei des Korrespondenten in der letzten Nummer des „Anzeigers“ macht aber einige Retouches nötig: Wenn er feststellt, daß sich die Diskussion über die Schaffung einer neuen Lehrstelle auf tiefem Niveau hielt, so spricht daraus allzu deutlich die Verärgerung darüber, daß der Antrag der Schulpflege (welcher bei nur einer Stimmenthaltung beschlossen worden war) und der sozialdemokratischen Minderheit des Gemeinderates mit großem Mehr angenommen wurde. Uns hat die Diskussion gefreut und es hat uns auch als Partei gefreut, daß wir in einer guten Sache das Richtige getroffen haben. Wir wissen, daß die Zustimmung nicht unserer Partei galt, aber daß wir als einzige — die Pöbl nicht ausgenommen, die nun einmal an den Kindergärten hängt und für die Schule schon gar nichts übrig hat — uns vorbehaltlos für einen fortschrittlichen Ausbau der Schule einsetzten, das erfüllt uns mit Genugtuung.

Die Gemeindebehörde habe einen Eindruck der Uneinigkeit und Zerrissenheit gemacht, es sei keine Lehrstunde für demokratischen Anschauungsunterricht gewesen, meint der Korrespondent. Wir möchten darauf antworten: Wir hoffen, daß der Gemeinderat nicht in allen Dingen einig sein wird. Und wir erwarten bestimmt, daß unsere Gemeinderäte sich nie scheuen, ihre Meinung zu vertreten. Wir vertragen ein anständiges, offenes Wort niemandem, besonders dann, wenn unpopuläre Wahrheiten ausgesprochen werden müssen.

Aber eben: anständig müßten die Meinungen ausgedrückt werden und im Gegensatz zum Korrespondenten möchten wir die Dinge, die wir als Partei nicht billigen, offen beim Namen nennen. Es hat sicher allen Anwesenden mißfallen, daß der jüngste Gemeinderat seinen älteren Mitbürgern und besonders seinen amtsälteren Kollegen sagen zu müssen glaubte, sie hätten nicht so gesprochen, wie wenn sie in Klassen mit 50 Schülern erzogen worden wären, sondern in solchen mit 200. Wenn dieser Herr geschwiegen hätte, hätte man wenigstens gedacht, er sei ein Philosoph. Statt dessen hat er unsere Gemeindeversammlung um einen Begriff reicher gemacht, den man sich samt dem ungeschickten Sprecher merken muß.

Wenn schließlich Herr Stohler einen Botanten, dessen Pöbeleien wirklich einmalig waren und die nur mit seinem Gesundheitszustand erklärt werden können, nicht zur Ruhe wies, sondern ruhig weiterpöbeln ließ, trotzdem dessen Pöbeleien ja im Grunde genommen nicht dem angepöbelten Beihördemitglied, sondern der offiziellen Meinung des in diesem Falle einigen Gemeinderat galten, so können wir dies nur bedauern — und annehmen, daß wir nicht mehr die einzigen sind, die die Ortsbürgereigenschaft allein für eine ungenügende Empfehlung für die Wahl zum Präsidenten halten. Soz.-Dem. Partei Mutteng.